

Johannes Rauch
Bundesminister

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrates
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.457.712

Wien, 8.7.2024

Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich beantworte die an mich gerichtete schriftliche parlamentarische **Anfrage Nr. 18494/J der Abgeordneten Mag.^a Verena Nussbaum, Genossinnen und Genossen**, betreffend **Feststellung der Berufsunfähigkeit bei Menschen mit Behinderungen** wie folgt:

Fragen 1 bis 10:

- *Wie viele Menschen mit Behinderungen wurden im Jahr 2023 als arbeitsunfähig eingestuft?*
- *Bei wie vielen Menschen mit Behinderungen wurde die Arbeitsunfähigkeit seit der Novellierung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes festgestellt?*
- *Wie viele Menschen mit Behinderungen wurden in Bezug auf die Feststellung der Arbeitsunfähigkeit seit 1.1.2024 beraten?*
- *Wie viele Menschen mit Behinderungen wurden im Jahr 2023 in Bezug auf die Feststellung der Arbeitsunfähigkeit beraten?*
- *Wie viele Menschen mit Behinderungen wurden seit 1.1.2024 nach einer Beratung trotzdem als dauerhaft arbeitsunfähig eingestuft?*
- *Wie viele Menschen mit Behinderungen befinden sich derzeit in der Betreuung durch das AMS?*

- *Wie viele Menschen mit Behinderungen wurden im Jahr 2023 durch das AMS betreut?*
- *Wie viele Menschen mit Behinderungen wurden im Jahr 2023 durch das AMS in Arbeitsverhältnisse vermittelt?*
- *Wie viele Menschen mit Behinderungen wurden im Jahr 2024 durch das AMS in Arbeitsverhältnisse vermittelt?*
- *Wie hoch ist die Anzahl der Fälle, in welchen die Arbeitsunfähigkeit vor Vollendung des 25. Lebensjahres wieder aufgehoben wurde?*

In Umsetzung des Regierungsprogramms 2020-2024 entfällt ab 1.1.2024 bei Zweifeln über die Arbeitsfähigkeit die automatische Arbeitsunfähigkeitsfeststellung bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres.

Diese Personen haben nunmehr chancengleichen Zugang zum Arbeitsmarkt, werden vom Arbeitsmarktservice vorgemerkt und betreut und können entsprechende Dienstleistungsangebote in Anspruch nehmen.

Dieses Gesetzesvorhaben ist aus meiner Sicht ein wichtiger Schritt in Richtung eines chancengleichen Zugangs zum Arbeitsmarkt für Jugendliche und junge Erwachsene mit Behinderungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK).

Die Erhebung der in der parlamentarischen Anfrage erfragten Daten fällt jedoch in den Zuständigkeitsbereich des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft bzw. des Arbeitsmarktservice.

Ergänzend ist anzumerken, dass seitens der Pensionsversicherungsträger keine statistische Erfassung vorgenommen wird, da weder bei einer Begutachtung im Kompetenzzentrum der Pensionsversicherungsanstalt noch bei der Feststellung, ob Invalidität bzw. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit vorliegt, zwischen Personen mit bzw. ohne Behinderung unterschieden wird.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Rauch

